

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Helm / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassakasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Jeden Werttag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1.50, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Samstagsnummer 15 Pfg.)

Verantwortlicher: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg., im Textteil die 80 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 282

Dienstag, den 4. Dezember 1928.

83. Jahrgang

Tageschau.

Der Eisenkonflikt ist beigelegt, nachdem die drei Metallarbeiterverbände am Sonntag ihre telegraphische Zustimmung zu der Bestellung des Innenministers Seegering als Schlichter gegeben haben. Der Reichsarbeiterverband hat unter Aufhebung der Ausperrung beschlossen, die Betriebe sofort wieder zu öffnen.

Der Sächsische Gemeindefrat wurde am Sonntag mit einem Begräbnisabend im Neuen Rathaus eingeleitet, wozu sich über 1000 Personen eingefunden hatten.

In der Tschschonowafabrik haben die Deutschen bei den Wahlen zu den Landes- und Bezirksvertretungen starke Erfolge errungen.

Die österreichischen Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten sind in eine Gehaltsbewegung eingetreten. Nachdem ihre Forderungen unberücksichtigt blieben, traten sie am Sonntag um Mitternacht in passive Resistenz.

Chile wurde von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Die Stadt Talca ist fast vollkommen zerstört, auch andere Städte haben schwer gelitten. Infolge des Erdbebens entstanden Dammbrüche, die große Überschwemmungen zur Folge hatten. Die Zahl der Toten wird amtlich auf 122 angegeben.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Italienisch-französische Unfreundlichkeit.

Nachdem vor mehreren Monaten in Paris das neue Längerkonvention zwischen Italien, England, Spanien und Frankreich unter Dach und Fach gebracht worden war, hieß es, daß nunmehr die Bahn frei sei für eine italienisch-französische Verständigung. Inzwischen tauchten immer wieder Nachrichten auf, denen zufolge es angeblich gelingen war, die Grundlage für eine Interessengrenzung der Mächte zu finden, dann aber wurde es wieder still und man hörte nur in regelmäßigen Abständen von neuen Grenzstreitigkeiten bei Benitignola und anderswo, die Zeugnis ablegten von der gereizten Stimmung zwischen beiden Staaten.

Die Streitpunkte, um die es sich dabei handelte, sind hochpolitischer Natur. Einmal ist zwischen beiden Ländern noch kein gegenseitiger Rüstungsstandard vereinbart worden und überdies hat Mussolini beanprucht, daß Italiens Landheer dem jedes anderen Staates gewachsen sein müßte. Schwere Konfliktpunkte liegen in Südafrika, dort hat der italienische Menschenüberschuß in dem französischen Lunis staatsitalienische Kolonien insgesamt von mehreren Millionen Menschen entstehen lassen, die darum kämpfen, die italienische Rationalität behalten zu können. Italiens Wünsche nach einer durchgreifenden Grenzberichtigung zu seinen Gunsten in Nordafrika sind seit langem angemeldet, aber von Frankreich bisher hinhalten behandelt worden. Unklar sind auch die Mächteverhältnisse zwischen den einzelnen Flotten im Mittelmeer. England als traditionelle Mittelmeeremacht hat dort bisher seine Stellung zu wahren gewußt. Die italienische Politik der plötzlichen Vorstöße war immer mehr oder minder von London her beeinflusst. Frankreich dagegen macht gleichfalls Ansprüche auf die Herrschaft im westlichen Mittelmeer geltend, zumal es wichtige Verbindungsstellen zwischen Marokko und Alger zu schützen hat.

Auch auf das östliche Mittelmeer erstrecken sich diese Rivalitätskämpfe. Dort besitzt Frankreich das Völkerbundsmandat über Syrien, für das Italien schon längst als Interessent gelten muß. Kürzlich haben in der Pariser Kammer die Sozialdemokraten beantragt, dem Völkerbunde das Mandat zur Verfügung zu stellen, weil die Franzosen in Syrien bisher weniger Vorbeeren geerntet als blutige Aufstände durchzukämpfen hatten. Poincaré hatte es leicht, einen Vorstoß der Opposition zurückzuweisen. Er braucht nur mit einem deutschen Hinweis auf Italien darauf aufmerksam zu machen, daß der Völkerbund einen Nachfolger für Frankreich für das syrische Mandat sehr leicht finden könne.

Rein gefühlsmäßig sind die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien in diesen Tagen wiederum verschärft worden. In Paris war der Mörder eines italienischen Konsuls vom Schwurgericht zu nur zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Darauf gab es in ganz Italien antifranzösische Demonstrationen in einem Ausmaß, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben und Mussolini erklärte öffentlich, daß er die Empörung Italiens vollkommen begreife. Die französische Regierung hat wohl eingesehen, daß hier etwas geschehen müsse. So hat der Ministerpräsident seine Entscheidung dahin bekannt gemacht, daß künftig die Ausländer in Frankreich etwas schärfer überwacht werden sollen, da

unverhältnismäßig viele politische Morde gerade in Frankreich vorgekommen seien. Gleichgültig, wie diese Angelegenheit geregelt wird, auf alle Fälle bleibt die Atmosphäre zwischen beiden Ländern in der nächsten Zeit gespannt und erscheint wenig geeignet für eine Lösung der zwischen ihnen schwebenden sachlichen politischen Gegensätze. Uebrigens darf man auch bei allen Militärdebatten, wie sie jetzt in der französischen Kammer geführt worden sind, nie ganz vergessen, daß das ganze Geschrei wegen der angeblich bedrohten französischen Sicherheit sich zu einem guten Teile nur äußerlich gegen Deutschland wendet, denn die Franzosen, auch der Abgeordnete Fabry, wissen ganz genau, daß ihnen von Deutschland her keine Gefahr droht. Aber sie sagen Deutschland und meinen Italien und deshalb ist ihnen die Fortsetzung des traditionellen Sicherheitsgeschreis wegen der angeblichen Bedrohung ihrer Ostgrenzen eine so willkommene Gelegenheit, um ihren eigentlich politisch-militärischen Aufmarsch zu verschleiern. Sicherlich liegt in der unaußgeglichenen und vielleicht gar nicht auszugleichenden italienisch-französischen Spannung eine der schwersten Bedrohungen des europäischen Friedens überhaupt.

Pariser Reparationsbesprechungen.

Der deutsche Botschafter von Hoersch war wiederum beim französischen Ministerpräsidenten Poincaré, um sich über die noch strittigen Fragen zu unterhalten, ob die alliierten Sachverständigen durch die Reparationskommission ernannt werden sollen und welche Stellung die Reparationskommission überhaupt in dieser Frage einnehmen soll. Eine Klärung ist offenbar noch nicht herbeigeführt worden.

Italien und Frankreich antworten auf die britischen Anregungen in der Reparationsfrage.

London, 3. Dezember. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Es verläutet, daß am Sonnabend nicht nur die italienische Antwort auf die britischen Anregungen wegen der Reparationsverhandlungen eingegangen ist, sondern daß auch der französische Botschafter dem Schatzkanzler Churchill die Ansichten Poincarés über den gleichen Gegenstand in mündlicher und schriftlicher Form bekannt gegeben hat. Während die Ansichten des italienischen Premierministers mit den Anregungen Churchills nahezu völlig übereinstimmen, verläutet gerüchelt, daß Poincaré darauf besteht, daß die Initiative bei der Ernennung und Einberufung des neuen Ausschusses ebenso wie bei der Einladung an Amerika in der Hauptsache in den Händen der Reparationskommission liegen soll. Es wird gemeldet, daß der Generalagent für Reparationen Parker Gilbert am Wochenende London einen Besuch abgestattet hat.

Auch die belgische Antwort ist eingegangen.

London, 3. Dezember. Nach einer Times-Meldung ist auch die belgische Antwort auf die britischen Anregungen in der Reparationsfrage eingegangen. Die belgische und die italienische Antwort enthalten der Times zufolge nichts, was geeignet erscheinen könnte, die baldige Abwendung der beiden alliierten Antworten an Berlin zu verzögern. Die belgische Regierung unterstützt die französische Auffassung bezüglich der Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission. Aus den bisher eingegangenen Antworten ergab sich, daß Paris als Tagungsort des Ausschusses bevorzugt wird.

Am 10. Dezember in Lugano.

Kunmehr haben sich sämtliche im Völkerbundsrat vertretenen Mächte dazu bereit erklärt, die nächste Ratstagung in Lugano stattfinden zu lassen. Sir Eric Drummond hat alle Hände voll zu tun, um die nötigen Räumlichkeiten und Telephondrähte bis zum 10. Dezember zur Verfügung zu stellen. Stresemanns und Chamberlains Wunsch, ihre Gesundheit in Genf nicht aufs neue zu gefährden, ist also durchgedrungen.

Erste Wendung in der Krankheit des englischen Königs.

London, 3. Dezember. Es herrscht große Besorgnis im Buckingham-Palast, doch verläutet um 1 Uhr morgens, daß nach menschlichem Ermessen während der nächsten 12 Stunden eine Besserung im Befinden des Königs zu erwarten sei. Um 2 Uhr morgens waren die Ärzte noch am Krankenlager. Die Herzogin von York fuhr um 12,20 Uhr nach ihrem Wohnsitz in Piccadilly zurück, wohin sich auch der Herzog von York begab, der auf dem Wege zum Palast eine Nachricht erhalten hatte und daraufhin umgekehrt war. Der Inhalt des Nachrichten wurde vom Buckinghampalast aus den

Kabinettsmitgliedern telephonisch mitgeteilt. Vor dem Palast hatte sich trotz der späten Stunde eine größere Menschenmenge angeammelt, um die neuesten Nachrichten über den König in Erfahrung zu bringen. Wie aus Malta gemeldet wird, ist der Kreuzer Frodoher gestern nach Alexandria in See gegangen, um dort den Prinz von Wales an Bord zu nehmen.

Deutsche Wahlerfolge in der Tschechei.

Prag, 3. Dez. Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei zu den Landes- und Bezirksvertretungen, die am Sonntag stattfanden, sind überall ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war sehr gering, da die Bevölkerung infolge des großen Einflusses der Regierung auf diese Körperschaften wenig Interesse an den Wahlen hat. Obwohl die Wahlergebnisse erst am Dienstag festgestellt werden sollen, ist es doch schon jetzt sicher, daß die Deutschen wieder überall starke Erfolge errungen haben. In Prag haben die Deutschen mehr Stimmen als bei den letzten Gemeindevahlen, nämlich 12 000 erhalten. Auch aus dem Sudetenland werden deutsche Wahlerfolge gemeldet.

Die Moskauer Verhandlungen.

Bekanntlich weilt seit einigen Tagen die deutsche Delegation in Moskau, die die Handelsvertragsverhandlungen weiterführt, nachdem sie infolge der politischen Zwischenfälle für längere Zeit unterbrochen worden waren, die durch die Verhaftung der deutschen Ingenieure und Arbeiter und durch den Schachtly-Prozess herbeigeführt wurden. Neuerdings versucht die französische Presse ein Störfeuer gegen diese Verhandlungen, muß sich aber von der russischen Regierungspresse eine scharfe Abfuhr gefallen lassen. Man darf wohl annehmen, daß durch die Anwesenheit des neu ernannten deutschen Botschafters in Moskau, Herrn von Dirksen, eine Förderung der Verhandlungen spürbar wird.

Schwere Zusammenstöße in Agram.

Anlässlich der Zehn-Jahr-Feier im südbawarischen Staate kam es in den kroatischen Landesteilen zu heftigen Demonstrationen der Belgrader Regierung. Die offiziellen Feiern der Beamten und des Militärs wurden von kroatischen Nationalisten gestört. Bei den Zusammenstößen in der kroatischen Hauptstadt Agram wurden mehrere Personen getötet und verwundet. Für die Feier eines Staatsjubiläums immerhin ein bezeichnender Zwischenfall, der wiederum beweist, daß die Gegensätze zwischen den ehemals österreichischen Gebietsteilen Südbawariens und den Serben in voller Schärfe fortbestehen, um so mehr, als die politische Spannung, die durch die Ermordung Stefan Raditschs geschaffen worden ist, noch nicht ausgeglichen werden konnte.

Um das Eherecht.

Im Reichstag wurde am Sonnabend die Aussprache über die Reform des Familienrechts abgeschlossen, mit dem Ergebnis, daß die vorliegenden Anträge dem Reichsausschuß überwiesen wurden. Eine gewisse Einheitsfront ließ sich feststellen für die Verbesserung der Rechtsstellung der Ehefrau, des unehelichen Kindes und der unehelichen Mutter. In der Frage der Ehescheidungsreform klappt dagegen der Riß mitten durch die Regierungsparteien. Während in der Volkspartei mindestens ein Teil der Fraktion, wie das der Abgeordnete Dr. Kahl am Freitag darlegte, für die Erleichterung der Ehescheidung durch Aufnahme der objektiven Zerrüttung als Ehescheidungsgrund zusammen mit den Linksparteien ist, ließ das Zentrum am Sonnabend erklären, daß es auf seinem absehbaren Standpunkt gegen jede Erleichterung der Ehescheidung verharre. Ablehnend äußerten sich auch die Redner der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei, der Christlichnationalen Bauernpartei und bis zu einem gewissen Grade auch der Wirtschaftspartei.

Bei der Reform des Familienrechts im ganzen, für die eine Mehrheit vorhanden ist, soll nach einem Vorschlag des Abgeordneten Emminger von der Bayerischen Volkspartei möglichst enge Fühlung mit den österreichischen Reformbestrebungen genommen werden, um auch auf diesem Gebiete nach und nach zu einer Rechtsangleichung zu kommen.

Heute wird die Sitzung um 15 Uhr beginnen. Auf ihrer Tagesordnung stehen über hundert Anträge, die sich mit der Foklage der Landwirtschaft beschäftigen. Im Zusammenhang damit wird auch der im Volkswirtschaftlichen Ausschuss abgelehnte Antrag der Wirtschaftspartei auf Änderung der Gefrierfleischverteilung erörtert werden.